

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 1372

[C — 2005/33046]

7. APRIL 2004 — Erlass der Regierung Zur Festlegung der Kriterien für die Begutachtung von Anträgen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 18. Dezember 1998, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000, 7. Januar 2002, 24. Dezember 2002, 5. Mai 2003 und 3. Juli 2003;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 19. Dezember 2001 zur Schaffung des Rates für Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 2, § 2, 3.;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 30.03.2004;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 31.03.2004;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass bereits erste Projekte zur Bezuschussung eingereicht wurden und den Antragstellern so schnell wie möglich Rechtssicherheit gegeben werden muss, um die Projekte umzusetzen;

Auf Vorschlag des für Soziales und Familie zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Förderbereiche

Artikel 1 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit werden folgende Förderbereiche finanziell unterstützt, wovon der erstgenannte den wichtigsten darstellt:

1. Öffentlichkeitsarbeit: Kampagnen zur Information und Sensibilisierung der öffentlichen Meinung;
2. Projektunterstützung: langfristige Initiativen zwischen hiesigen Organisationen oder Gruppen und Vereinigungen aus weniger fortgeschrittenen Ländern oder Ländern mit niedrigem Einkommen;
3. Krisen- und Katastrophenhilfe.

Antrag zur Bezuschussung

Art. 2 - § 1. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung folgenden Antragstellern einen Zuschuss gewähren:

1. Vereinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Hauptauftrag in der Entwicklungszusammenarbeit liegt.
2. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit anerkannten «Nichtregierungsorganisationen».
3. Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsichten, Gemeinden, Gewerkschaften, Initiativen, Kooperativen und Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
4. Zusammenschlüsse von Organisationen und Gruppen, die eine gemeinsame Sensibilisierungskampagne starten, bzw. ein gemeinsames Projekt erarbeiten, durchführen oder unterstützen möchten; eine Organisation aus diesem Zusammenschluss übernimmt dabei die Federführung und reicht den Antrag ein.

§ 2. Der Bezuschussungsantrag für die in Artikel 1, 1. und 2. genannten Förderbereiche muss schriftlich bei der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden. Der Antrag muss eine präzise Projektbeschreibung umfassen, welche die teilnehmenden Organisationen, die Zielsetzungen, die Überprüfungsindikatoren, die Durchführbarkeit und die Lebensfähigkeit des Projektes darstellt und die Einführung in einen kontinuierlichen Prozess sichtbar macht.

Die Fachabteilung des Ministeriums übermittelt der (dem) Präsidentin (en) sowie den Experten des Rates für Entwicklungszusammenarbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft unmittelbar nach Eingang eine Abschrift des Bezuschussungsantrags.

Im Laufe eines Kalenderjahres gelten für die Einreichung 2 Stichdaten:

1. März und 1. Oktober. Der EZA-Rat erstellt innerhalb von 1 Monat nach dem jeweiligen Stichdatum ein Gutachten zu den bis dahin eingegangenen Anträgen, und der (die) Präsident (in) des EZA-Rates leitet dieses an die in § 2, Absatz 1 erwähnte Fachabteilung weiter.

Die Fachabteilung des Ministeriums übermittelt die Akte innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Gutachtens dem zuständigen Minister. Der Minister entscheidet innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Akte.

Bei Nicht-Vollständigkeit des Antrags wird die betreffende Organisation vom (von der) Präsidenten (in) des EZA-Rates schriftlich über fehlende Unterlagen informiert.

Der Antrag wird in diesem Fall für eine erneute Begutachtung auf den nächsten Stichtag verlegt.

Anträge auf Bezuschussung für den in Artikel 1,3. erwähnten Förderbereich werden bei der oben erwähnten Fachabteilung eingereicht und von dort aus der Regierung innerhalb von 14 Tagen zur Beschlussfassung übermittelt.

Bezuschussungskriterien

Art. 3 - § 1. Die Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft stützt sich auf folgende Grundgedanken, mit denen sich die geförderten Projekte und Kampagnen in ihrer Zielsetzung und Ausführung identifizieren müssen:

1. Effiziente Projektarbeit ist nicht von Öffentlichkeitsarbeit zu trennen;
2. Entwicklungszusammenarbeit ist ein nachhaltiger Prozess;

3. Entwicklungszusammenarbeit bekämpft Armut;
4. Die Projektarbeit erfolgt partnerschaftlich und strukturiert, insbesondere durch:
 - aktive Partizipation der Partnerorganisation und der Zielgruppe;
 - festlegen der Aufgabenbereiche der jeweiligen Partner;
 - ausführliche Situations- und Problemanalyse;
 - nachvollziehbare Berichterstattung und Offenlegung aller Schritte und Phasen des Projektes oder der Kampagne;

§ 2. Innerhalb der in Artikel 1, 1. und 2. erwähnten Förderbereiche müssen möglichst viele der folgenden Zielsetzungen berücksichtigt werden:

1. Ländliche und städtische Sozial- und Wirtschaftsentwicklung;
2. Entwicklung menschlicher Ressourcen benachteiligter Bevölkerungen;
3. Auf- und Ausbau lokaler Strukturen;
4. Stärkung der Zivilgesellschaft und der partizipativen Entwicklung;
5. Verteidigung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie;
6. Kinderschutz;
7. Verbesserung der Lage der Frau und Förderung einer ausgeglichenen sozialen Entwicklung zwischen Frauen und Männern;
8. Schutz bedrohter Kulturen, insbesondere indigener Kulturen und Minderheitenkulturen;
9. Erwerbsfördernde Maßnahmen, u.a. durch Mikrofinanzierung;
10. Aus- und Weiterbildung;
11. Präventionsmaßnahmen und Stärkung des Gesundheitssystems;
12. Einsatz für Nachhaltige Entwicklung, u.a. durch Umweltschutz;
13. Erwerbsfördernde Maßnahmen, u.a. durch Mikrofinanzierung;
14. Unterstützung der Landwirtschaft;
15. Prozesse, die einen gerechten Handel anstreben;
16. Initiativen der Konfliktvorbeugung, -regelung und -lösung;

§ 3. Bei den in Artikel 1 erwähnten Förderbereichen werden folgende Partnerländer bei der Projektunterstützung vorrangig berücksichtigt:

1. Die weniger fortgeschrittenen Länder und die Länder mit niedrigem Einkommen;
2. Länder in Rehabilitierungsphase;

§ 4. Die Partner der in Artikel 2., § 1 aufgeführten Antragsteller müssen Organisationen folgender Art sein:

1. Eine lokale Nichtregierungsorganisation, eine Basisorganisation oder eine Zivilgesellschaftsorganisation, eine Initiative oder eine Kooperative, die in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert ist, die über eine repräsentative Struktur verfügt, und deren Rechtschaffenheit und Seriosität als erwiesen gelten.

2. Eine öffentliche Behörde oder ein anderer dezentralisierter Akteur sollte nur in ordnungsgemäß gerechtfertigten Fällen, z.B. Abwesenheit von zivilen Organisationen oder lokalen Nichtregierungsorganisationen, als Lokalpartner angesehen werden, es sei denn sie sind Teil einer offiziellen Gemeindeparterschaft.

§ 5. Die Projektfinanzierung muss mittel- oder langfristige Auswirkungen haben, um eine Kontinuität der Partnerschaft zu ermöglichen. Die Projektdauer muss im Prinzip mindestens 2 Jahre dauern. Abweichungen von dieser Mindestdauer können nur in ausführlich begründeten Ausnahmefällen gewährt werden.

Inkrafttreten

Art. 4 - Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Ausführende Bestimmung

Art. 5 - Der für Soziales und Familie zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 7. April 2004.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales
H. NIESSEN

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 1372

[C — 2005/33046]

7 AVRIL 2004. — Arrêté du Gouvernement fixant les critères selon lesquels un avis est remis quant aux demandes introduites en matière de coopération au développement

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993, 30 décembre 1993, 16 décembre 1996, 18 décembre 1998, 4 mai 1999, 6 mai 1999, 25 mai 1999, 22 décembre 2000, 7 janvier 2002, 24 décembre 2002, 5 mai 2003 et 3 juillet 2003;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2001 portant création d'un Conseil pour la coopération au développement en Communauté germanophone, notamment l'article 2, § 2, 3°;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 30 mars 2004,

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 31 mars 2004;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que les premiers projets de subventionnement ont déjà été introduits et que la sécurité juridique de voir se concrétiser les projets doit être offerte le plus tôt possible aux demandeurs;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales et de Famille; Après délibération,

Arrête :

Secteurs soutenus

Article 1^{er}. Dans les limites des moyens budgétaires de la Communauté germanophone disponibles pour la coopération au développement, les secteurs soutenus figurant cidessous seront soutenus financièrement, le premier étant le plus important

- 1° relations publiques : campagnes d'information et de sensibilisation de l'opinion publique;
- 2° soutien de projets: initiatives à long terme entre des organisations ou groupes d'ici et des associations de pays moins développés ou de pays à revenus moindres,
- 3° aide en cas de crise ou de catastrophe.

Demande de subsides

Art. 2. § 1^{er}. Dans les limites des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer un subside aux demandeurs suivants :

- 1° associations en Communauté germanophone qui ont la coopération au développement comme mission principale;
- 2° "organisations non gouvernementales" reconnues dans le cadre de la coopération au développement;
- 3° associations sans but lucratif, communes, syndicats, initiatives, coopératives et écoles en Communauté germanophone;
- 4° groupements d'organisations et groupes qui entament une campagne commune de sensibilisation ou souhaitent élaborer, réaliser ou soutenir un projet commun; une organisation du groupement concerné assume la responsabilité et introduit la demande.

§ 2 - La demande de subsides pour les secteurs soutenus mentionnés à l'article 1^{er}, 1° et 2°, doit être introduite par écrit auprès de la division compétente du Ministère de la Communauté germanophone. La demande doit être accompagnée d'une description précise du projet présentant les organisations qui sont parties prenantes, les objectifs, les indicateurs de contrôle, la faisabilité et la viabilité du projet et éclairant la manière dont il s'inscrit dans un processus continu.

Dès réception, la division du Ministère transmet une copie de la demande de subsides au président ainsi qu'aux experts du Conseil pour la coopération au développement en Communauté germanophone.

Deux dates de référence s'appliquent en cours d'année calendrier pour l'introduction des demandes : le 1^{er} mars et le 1^{er} octobre. Dans le mois qui suit les dates de référence respectives, le Conseil pour la coopération au développement en Communauté germanophone émet un avis sur les demandes introduites jusqu'alors et le président dudit conseil transmet cet avis à la division mentionnée au § 2, alinéa 1.

Dans les quinze jours suivant la réception de l'avis, la division du Ministère transmet le dossier au Ministre compétent. Celui-ci statue dans les quinze jours de la réception du dossier.

Si la demande est incomplète, l'organisation concernée est informée par écrit des documents manquants par le président du Conseil pour la coopération au développement en Communauté germanophone. Dans ce cas, la demande est ajournée pour un nouvel avis jusqu'à la date de référence suivante.

Les demandes de subsides pour le secteur soutenu visé à l'article 1^{er}, 3°, sont introduites auprès de la division susvisée qui les transmet dans les quinze jours au Gouvernement pour décision.

Critères de subventionnement

Art. 3. § 1^{er}. La coopération au développement en Communauté germanophone se fonde sur les principes suivants, auxquels les projets et campagnes soutenus doivent s'identifier dans leurs objectif et exécution :

- 1° un travail de projet efficace est indissociable des relations publiques;
- 2° la coopération au développement est un processus "durable"
- 3° la coopération au développement combat la pauvreté;
- 4° le travail de projet est mené en partenariat et de manière structurée, notamment par :
 - une participation active de l'organisation partenaire et du groupe-cible;
 - la détermination des missions des différents partenaires;
 - une analyse détaillée de la situation et du problème;
 - un rapportage clair et une publicité de toutes les étapes et phases du projet ou de la campagne.

§ 2. Au sein des secteurs soutenus visés à l'article 1, 1° et 2°, les objectifs suivants doivent autant que possible être pris en compte :

- 1° développement socio-économique rural et urbain;
- 2° développement de ressources humaines des populations défavorisées;
- 3° installation et extension de structures locales;
- 4° renforcement de la société civile et du développement participatif;
- 5° défense des droits de l'homme et promotion de la démocratie;
- 6° protection des enfants;
- 7° amélioration de la condition féminine et promotion d'une évolution sociale équilibrée entre homme et femme;
- 8° protection de cultures menacées, notamment de cultures indigènes et de minorités culturelles;
- 9° mesures promouvant l'acquisition, e.a. grâce au microfinancement;
- 10° formation et formation continue;
- 11° mesures de prévention et renforcement du système sanitaire;
- 12° engagement en faveur du développement durable, e.a. par la protection de l'environnement;
- 13° mesures promouvant l'acquisition, e.a. grâce au microfinancement;
- 14° aide à l'agriculture;
- 15° processus qui visent le commerce équitable;
- 16° initiatives visant la prévention, le règlement et la résolution de conflits.

§ 3. En ce qui concerne les secteurs soutenus mentionnés à l'article 1, les pays partenaires suivants bénéficient de la priorité pour le soutien de projets :

- 1° les pays moins développés et les pays à revenus moindres;
- 2° les pays en phase de réhabilitation.

§ 4. Les demandeurs mentionnés à l'article 2, § 1^{er}, auront pour partenaire :

1° une organisation non gouvernementale locale, une organisation de base ou une organisation de la société civile, une initiative ou une coopérative engagée dans la coopération au développement, disposant d'une structure représentative et dont l'intégrité et le sérieux sont prouvés;

2° un pouvoir public ou un autre acteur décentralisé qui ne serait considéré comme partenaire local que dans des cas dûment justifiés, par exemple l'absence d'organisations civiles ou d'organisations non gouvernementales locales, à moins qu'il ne soit partie prenante à un partenariat officiel entre communes.

§ 5. Le financement de projets doit avoir des effets à moyen ou à long terme pour permettre la continuité du partenariat. La durée des projets doit en principe être d'au moins deux ans. Des dérogations à cette durée minimale ne peuvent être accordées que dans des cas exceptionnels dûment motivés.

Entrée en vigueur

Art. 4. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Exécution

Art. 5. Le Ministre compétent en matière d'Affaires sociales et de Famille est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 7 avril 2004.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 1372

[C — 2005/33046]

7 APRIL 2004. — Besluit van de Regering houdende vastlegging van de criteria voor het uitbrengen van een advies m.b.t. de aanvragen inzake ontwikkelingssamenwerking

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993, 30 december 1993, 16 december 1996, 18 december 1998, 4 mei 1999, 6 mei 1999, 25 mei 1999, 22 december 2000, 7 januari 2002, 24 december 2002, 5 mei 2003 en 3 juli 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 december 2001 houdende oprichting van een Raad voor de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 2, § 2, 3°;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 30 maart 2004; Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 31 maart 2004;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid door het feit gerechtvaardigd is dat eerste projecten met het oog op de subsidiëring reeds zijn ingediend en dat de aanvragers zo snel mogelijk de rechtszekerheid moeten krijgen dat de projecten zullen worden verwezenlijkt;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden en Gezin; Na beraadslaging,

Besluit :

Ondersteunde sectoren

Artikel 1. Binnen de perken van de begrotingskredieten van de Duitstalige Gemeenschap die voor de ontwikkelingssamenwerking beschikbaar zijn, worden de volgende sectoren financieel ondersteund, waarbij de eerste de belangrijkste is :

- 1° public relations-werk : campagnes ten behoeve van de voorlichting en bewustmaking van de openbare opinie;
- 2° ondersteuning van projecten: initiatieven op lange termijn tussen organisaties of groepen van hier en verenigingen uit minder ontwikkelde landen of landen met geringe inkomsten;
- 3° hulp bij crisis of ramp.

Subsidiëringaanvraag

Art. 2. § 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingskredieten kan de Regering een toelage verlenen aan de volgende aanvragers :

- 1° verenigingen in de Duitstalige Gemeenschap die de ontwikkelingssamenwerking als hoofdpdracht hebben;
- 2° niet-gouvernementele organisaties die in het kader van de ontwikkelingssamenwerking erkend zijn;
- 3° verenigingen zonder winstoogmerk, gemeenten, vakbonden, initiatieven, coöperatieven en scholen in de Duitstalige Gemeenschap;
- 4° groeperingen van organisaties en groepen die een gemeenschappelijke campagne ten behoeven van de bewustmaking starten, resp. een gezamenlijk project wensen uit te werken, uit te voeren of te ondersteunen; een organisatie uit de betrokken groepering neemt de verantwoordelijkheid op zich en dient de aanvraag in.

§ 2. De subsidiëringaanvraag voor de in artikel 1, 1° en 2°, vermelde ondersteunde sectoren moet schriftelijk bij de bevoegde afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend. De aanvraag moet een precieze beschrijving van het project omvatten die de deelnemende organisaties, de doeleinden, de toezichtindicatoren, de uitvoerbaarheid en de levensvatbaarheid van het project presenteert en de wijze duidelijk maakt waarop het in een voortdurend proces plaatsvindt.

Onmiddellijk na de ontvangst van de subsidiëringaanvraag zendt de afdeling van het Ministerie een afschrift van deze aanvraag over aan de voorzitter alsmede de deskundigen van de Raad voor de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap.

In de loop van een kalenderjaar gelden twee refertedatum voor de indiening van de aanvragen: 1 maart en 1 oktober. Binnen de maand na de respectievelijke refertedatum brengt de Raad voor de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap een advies uit over de tot daar toe ingediende aanvragen en zendt de voorzitter van deze raad dit advies over aan de in § 2, lid 1, vermelde afdeling.

Binnen de veertien dagen na de ontvangst van het advies zendt de afdeling van het Ministerie het dossier over aan de bevoegde Minister. Deze beslist binnen de veertien dagen na de ontvangst van het dossier.

Is de aanvraag niet volledig, dan wordt de betrokken organisatie, door de voorzitter van de Raad voor de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap, schriftelijk geïnformeerd over de ontbrekende documenten. In dit geval wordt de aanvraag, met het oog op het uitbrengen van een nieuw advies, tot de volgende richtdatum uitgesteld.

Subsidiëringaanvragen voor de ondersteunde sector vermeld in artikel 1, 3°, worden bij de bovenvermelde afdeling ingediend en vandaan binnen de veertien dagen aan de Regering ter beslissing overgezonden.

Subsidiëringcriteria

Art. 3. § 1. De ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap baseert op de volgende principes waarmee de ondersteunde projecten en campagnes zich moeten identificeren, wat de doeleinden en de uitvoering betreft :

- 1° efficiënt projectwerk kan niet gescheiden worden van het public relations-werk;
- 2° ontwikkelingssamenwerking is een duurzaam proces;
- 3° ontwikkelingssamenwerking bestrijdt armoede;
- 4° het projectwerk gebeurt in partnerschap en op gestructureerde wijze, nl. door

- actieve medewerking van de partnerorganisatie en van de doelgroep;
- vastlegging van de opdrachten van de verschillende partners;
- gedetailleerde situatie- en probleemanalyse;
- een duidelijke rapportage en een openbaarmaking van alle stappen en fases van het project of van de campagne.

§ 2. Binnen de ondersteunde sectoren vermeld in artikel 1, 1° en 2° moeten volgende doeleinden zo veel mogelijk in acht worden genomen :

- 1° landelijke en stedelijke socio-economische ontwikkeling;
- 2° ontwikkeling van de menselijke resources bij de benadeelde bevolkingsgroepen;
- 3° op- en uitbouw van lokale structuren;
- 4° versterking van de burgerlijke maatschappij en de participatieve ontwikkeling;
- 5° verdediging van de mensenrechten en bevordering van de democratie;
- 6° kindbescherming;
- 7° verbetering van de vrouwelijke conditie, bevordering van een evenwichtige sociale ontwikkeling van man en vrouw;
- 8° bescherming van bedreigde culturen, inzonderheid van inheemse culturen en culturele minderheden;
- 9° maatregelen die de verwerving bevorderen, o.a. door microfinanciering;
- 10° opleiding en voortgezette opleiding;
- 11° preventiemaatregelen en versterking van het gezondheidssysteem;
- 12° engagement voor de duurzame ontwikkeling, o.a. door de milieubescherming;
- 13° maatregelen die de verwerving bevorderen, o.a. door microfinanciering;
- 14° steun aan de landbouw;
- 15° processen die naar eerlijke handel streven;
- 16° initiatieven met het oog op de voorkoming, beslechting en oplossing van conflicten.

§ 3. Wat de ondersteunde sectoren vermeld in artikel 1 betreft, wordt de voorrang Gegeven aan de volgende partnerlanden voor de ondersteuning van projecten :

- 1° de minderontwikkelde landen en de landen met geringe inkomsten;
- 2° de landen in rehabilitatiefase.

§ 4. De in artikel 2, § 1, vermelde aanvragers zullen volgende partners hebben :

1° een lokale niet-gouvernementele organisatie, een basisorganisatie of een organisatie van de burgerlijke maatschappij, een initiatief of een coöperatieve die werkzaam is op het gebied van de ontwikkelingssamenwerking, over een representatieve structuur beschikt en waarvan de eerlijkheid en oprechtheid zijn bewezen;

2° een openbaar bestuur of een andere gedecentraliseerde acteur die slechts in behoorlijk gerechtvaardigde gevallen als lokale partner zou worden beschouwd, b.v. bij gebrek aan burgerlijke organisaties of aan lokale nietgouvernementele organisaties, hetzij dit bestuur resp. die acteur deelneemt aan een officieel partnerschap tussen gemeenten.

§ 5. De projectfinanciering moet effecten op middellange en op lange termijn hebben om een continuïteit van het partnerschap mogelijk te maken. In principe bedraagt de duur van een project ten minste twee jaar. Afwijkingen van deze minimale duur mogen slechts in buitengewone, behoorlijk gerechtvaardigde gevallen worden toegekend.

Inwerkingtreding

Art. 4. Voorliggend besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Uitvoering

Art. 5. De Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden en Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 7 april 2004.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MESSEN